

Zürcher Wirte wittern Morgenluft

Zürich. – Nachdem das Stimmvolk eine Verschärfung des Rauchverbots auf nationaler Ebene deutlich verworfen hat, hoffen manche Wirte auf eine Trendwende. Im Kanton Zürich prüft der Wirteverband Gastro Zürich die Lancierung einer kantonalen Initiative mit dem Ziel, das Rauchverbot zu lockern. «Wir werden eine Sofort-Vernehmlassung machen unter unseren Mitgliedern, ob wir jetzt sofort noch eine Initiative starten möchten», sagte Gastro-Zürich-Präsident Ernst Bachmann gestern. (sda)

Mörgeli: SVP will externe Prüfung

Zürich. – Die Kantonsratsfraktion der Zürcher SVP fordert eine unabhängige und externe Untersuchung in der Affäre um Christoph Mörgeli. Man werde alles daran setzen, dass die Vorgänge an der Uni Zürich lückenlos aufgeklärt würden. Die externe Untersuchung brauche es zusätzlich zur Abklärung durch eine Kommission des Kantonsparlaments. SP und FDP reagierten im Rat erstaunt auf die Forderung der SVP und plädierten für mehr Sachlichkeit. (sda)

SP für tiefere Gesundheitskosten

Bern. – Im Hinblick auf die voraussichtlich steigenden Krankenkassenprämien für 2013 will die SP mit acht Massnahmen die Gesundheitskosten senken, ohne Qualitätseinbußen in Kauf zu nehmen. Eine zentrale Forderung betrifft die Medikamentenpreise. Die SP schlägt etwa vor, dass Kinder keine Krankenkassenprämien bezahlen müssen, wenn die Kosten für die Grundversicherung das Haushaltsbudget der Familie mit über acht Prozent belasten. (sda)

Polizei darf im Web als «Lolita» fahnden

Zürich. – Zürcher Polizisten dürfen sich wieder unter falschem Namen in Chats einloggen und so auch als «Lolita 14» nach Pädosexuellen fahnden. Der Kantonsrat hat gestern die Revision des Polizeigesetzes in erster Lesung durchberaten. Es erlaubt die verdeckte Ermittlung wieder. Diese Form der Verbrechensprävention war seit Januar 2011 nicht mehr möglich. (sda)

Minder scheitert mit Anti-Lobby-Vorstoss

Bern. – Dem parteilosen Schaffhauser Ständerat Thomas Minder sind die vielen Lobbyisten im Bundeshaus ein Dorn im Auge. Mit einer parlamentarischen Initiative wollte er deren Zutritt einschränken. Minder verlangte, dass den Lobbyisten künftig keine dauerhaften Zutrittskarten zu den nichtöffentlichen Teilen des Parlamentsgebäudes mehr ausgestellt werden. Er begründet seinen Vorstoss auch damit, dass sich Lobbyisten heute beinahe ungehindert in in der Wandelhalle bewegen könnten.

Mit 22 zu 17 Stimmen lehnte die kleine Kammer seinen Vorstoss gestern ab – auch wenn etliche Mitglieder Verständnis für das Anliegen hatten. Im Ständerat wurde die Eigenverantwortung der Ratsmitglieder besprochen. Es müsse jedem freigestellt bleiben, wem er seine Zutritts-Badges abgeben wolle. «Echte» Lobbyisten brauchten ohnehin keine Zutrittskarten, um ihrer Arbeit nachzugehen, argumentierten mehrere Redner. (sda)

Das bäuerliche «Pièce de Résistance» folgt erst noch

Die Agrardebate im Nationalrat geht morgen in die zweite Runde. Schon der Beginn hat gezeigt: Das bäuerliche Powerplay funktioniert. Eine Analyse.

Von Doris Kleck

Bern. – Nimmt man die Anzahl Minderheitsanträge – 48 – als Massstab für die Brisanz eines Themas, dann ist klar: Landwirtschaft bewegt. Neun Stunden lange diskutierte der Nationalrat letzte Woche über die Agrarpolitik (AP) für die Jahre 2014 bis 2017. Die Zeit reichte nicht aus. Morgen steigt die grosse Kammer deshalb in die zweite Runde. Dann entscheidet sich, ob die AP 14–17 den Namen Reform verdient. Denn der Schweizerische Bauernverband (SBV) will die Beiträge «für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere» und «für die Tierhaltung unter erschwerenden Produktionsbedingungen», die der Bundesrat abschaffen will, durch die Hintertür wieder einführen.

Bauernschlauer Lobbyismus
Die Abschaffung der Tierbeiträge ist das «Pièce de Résistance» der Vorlage. An dieser Frage manifestiert sich, ob das Parlament gewillt ist, Fehlanreize im aktuellen Direktzahlungssystem auszumerzen. Und ob die Schweizer Landwirtschaft tatsächlich einen ökologischeren, auf den Markt ausgerichteten Weg einschlagen wird. Denn die Tierbeiträge sorgen dafür, dass sich ein hoher Tierbestand in der Schweiz lohnt, obwohl durch die Rekordmen-



Höchste Konzentration: Der Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes, Hansjörg Walter, berät sich mit Verbandsdirektor Jacques Bourgeois. Bild Keystone

gen die Preise von Fleisch und Milch sinken. Für den Bauernverband sind die Tierbeiträge ein Beispiel dafür, dass der Bundesrat mit seiner Politik die Extensivierung der Landwirtschaft vorantreibt und die Ökologie zu viel Gewicht erhält. Bauernschlau prägt der SBV den Diskurs. Er verkürzt seinen Widerstand gegen die künftige Agrarpolitik auf die eingängige Formel: «Landwirte sind Produzenten und keine Landschaftsgärtner.» Wohlweislich verschweigen die Bauernvertreter aber, dass auch mit der Neuausrichtung des Systems mehr als 70 Prozent der Di-

rektzahlungen in einem direkten Zusammenhang mit der Produktion stehen. Dass die Abschaffung der Tierbeiträge zu einem besseren Einkommen der Bauern führt. Und dass sich die jährlichen Direktzahlungen in Höhe von 2,8 Milliarden Franken nur mit dem Agrarartikel in der Bundesverfassung rechtfertigen lassen.

Vor 18 Jahren sprachen sich mehr als drei Viertel der Schweizer Stimmbürger dafür aus, dass der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die Pflege der Kulturlandschaft zu den Zielen der Schweizer Landwirtschaftspolitik gehören. Es ist folge-

richtig, dass die Agrarpolitik konsequent auf diese Verfassungsziele ausgerichtet wird.

Alle mussten Federn lassen
Gewinner und Verlierer des ersten Teils der Agrardebate lassen sich nicht benennen. Grüne, SP und Grünliberale scheiterten in ihrem Versuch, die Ökologisierung der Landwirtschaft weiter voranzutreiben, als dies der Bundesrat vorsah. Und die Bauernvertreter in den Reihen von SVP, CVP und FDP kamen mit ihren Forderungen nach mehr staatlichen Interventionen im Milchmarkt oder bei den Fleischimporten nicht durch. Dennoch konnten sie Erfolge erzielen, die symptomatisch für die Bauernlobby im Parlament sind. Einmal mehr hat sich bestätigt, wie stark die Bauernlobby im Parlament verankert ist. Die Vertreter der Landwirtschaftsverbände nehmen die Interessen ihrer Klientel mindestens so stark wahr wie diejenigen ihrer Wähler, den Steuerzahlern. Am eklatantesten ist dieser Widerspruch bei der FDP, die für Sparbarkeit bei Steuergeldern steht – im Landwirtschaftsdossier aber nicht als Reformtreiberin auffällt.

Milde für die zweite Runde?
13,6 Milliarden Franken kostet die Landwirtschaft in den nächsten vier Jahren. Dass dies weitgehend unbestritten ist und dass der Bundesrat den Bauern bereits nach der Vernehmlassung entgegengekommen ist, sollte die Bauernvertreter für die zweite Runde der Debatte milde stimmen. Eigentlich.

Solarbranche verspricht eine sonnige Zukunft

Sauber, leise und diskret: Solarenergie ist für viele die beste der erneuerbaren Energien. Doch die Sonne macht andere Probleme.

Von Sermín Faki

Bern. – 20 Prozent. So viel Strom, gemessen am schweizerischen Bedarf, soll künftig die Sonne liefern. Heute liegt der Anteil gemäss Bundesamt für Energie bei 0,27 Prozent. Dass diese Vervielfachung möglich ist, bestreitet niemand. Auch der Bundesrat geht in einem kürzlich veröffentlichten Bericht davon aus, dass im Jahr 2050 über zehn Gigawattstunden (GWh) Strom mittels Fotovoltaikanlagen erzeugt werden können. Blicke der schweizerische Strombedarf stabil bei 58 599 GWh, entspräche das immerhin 17 Prozent. Dabei handelt es sich nur um das erwartete Potenzial – die Landesregierung hat bereits Einwände und Hindernisse berücksichtigt, die dem Ausbau der Stromerzeugung im Wege stehen könnten – Einsparungen wegen des Landschafts- und Heimatschutzes etwa.

Die 17 Prozent beschreiben nur den Anteil an der Stromerzeugung. Die Solarthermie, die Wärmegewinnung



Verachtzigfachung: Der Schweizer Solarenergie sprechen viele Experten eine grosse Zukunft zu. Bild Jens Büttner/Keystone



Weitere Infos: www.suedostschweiz.ch/dossier

durch Sonnenkollektoren, hat sogar ein noch grösseres Potenzial.

Im Gleichschritt hinterherhinken
So klar das Ziel, so umstritten ist die Frage, bis wann die 20 Prozent Sonnenstrom zur Verfügung stehen sollen. Swissolar, dem schweizerischen

Fachverband für Sonnenenergie, schwebt 2025 vor. Die ETH Zürich hält 2050 für realistisch. Auch der Bundesrat rät zu einem vorsichtigen Ausbau – etwa, weil er davon ausgeht, dass Solarzellen noch billiger werden. «Ideal» fände es die Landesregierung, wenn der Ausbau im Gleichschritt mit den umliegenden Ländern erfolgen würde. David Stichelberger, Direktor von Swissolar, kann da nur lachen. «Im Gleichschritt? Wir hinken doch schon meilenweit hinterher», sagt er. «Selbst das Atomland Frankreich hat pro Kopf doppelt so viele Anlagen wie die Schweiz.»

Einig sind sich alle Beteiligten wieder, wenn es um die Frage geht, wo Solaranlagen entstehen sollen. Priorisiert werden bereits überbaute Flächen wie Dächer und Lärmschutz-

wände. Grossflächige Anlagen in der Natur hält auch Stichelberger nicht für sinnvoll. Allerdings könnten Solarzellen im alpinen Raum – beispielsweise an Lawinenerbauungen – zur Lösung eines der grösseren Probleme der Fotovoltaik beitragen: Deren Produktion ist naturgemäss tages- und jahreszeitenabhängig. Im Winter ist das Potenzial deutlich kleiner als im Sommer. In den Alpen gibt es auch dann noch genug Sonne, um die Produktionslücke teilweise zu schliessen. «Hier könnte man gezielt Kapazitäten ausbauen», so Stichelberger.

Wirtschaftliches Potenzial
Die Promotoren der Sonnenenergie verweisen nicht nur auf die umweltfreundliche Stromerzeugung, sondern auch auf deren wirtschaftliches Po-

tenzial. Gemäss Swissolar beschäftigt die Branche heute bereits 10 000 Vollzeitbeschäftigte. Bei einem schnellen Ausbau stellt der Verband eine Verdopplung der Stellen in Aussicht. Der Umsatz der Branche betrug im letzten Jahr 2,2 Milliarden Franken.

Und anders als in Deutschland, wo die Solarbranche unter der chinesischen Konkurrenz leidet, wären die Schweizer Unternehmen weniger von den Billigangeboten aus Fernost betroffen, sagt Stichelberger.

«In der Schweiz gibt es nur zwei Hersteller von Solarzellen, und die fertigen sehr spezielle Nischenprodukte.» Stichelberger glaubt zudem, dass der chinesische Erfolg zeitlich begrenzt sei: «Je günstiger die Module werden, desto mehr fallen Transportkosten ins Gewicht.»